

Der Arbeiter

Erwartung.

(Sonntagsgedanken.)

Am morgigen Sonntag sind wir drängen gewesen auf dem Friedhof, um einen Mann... Erwartung...

Wir warten auf das Weihnachtsfest. Wie hatten des Tages, an dem es gelingen wird... Erwartung...

Was wird nun?

Ich kann mir nicht darüber klar werden: hat nun der Kalendermann... Was wird nun?...

Ich knüpfe meinen Wintermantel ganz weit auf und gehe in die nächste Fernprophetie... Zukünftige Braunkohlenverwertung...

Zukünftige Braunkohlenverwertung.

Von Arthur W. Frädrick, Ingenieur.

Wohi keine Frage der künftigen Entwicklung hat wohl... Zukünftige Braunkohlenverwertung...

die vorwiegend städtischen Charakter haben, werden heute teils als geordnete... Zukünftige Braunkohlenverwertung...

Es steht nach der bisherigen Entwicklung und den... Zukünftige Braunkohlenverwertung...

Die Liebe des Geigerkönigs Radanyi

ROMAN VON J. SCHNEIDER-FOERSTL

Holler griff mit der einen Hand nach der oberen Betondeckung... Die Liebe des Geigerkönigs Radanyi...

Diebesbeute freuten. Keine Sprache fuhr dazwischen... Die Liebe des Geigerkönigs Radanyi...

da müßte er etwas nachschlafen. Da, das müßte er, weil er sonst den ganzen Tag... Die Liebe des Geigerkönigs Radanyi...

(Fortsetzung folgt.)

Nebrer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich zweimal: Mittwochs und Sonnabends mit den illustrierten Beilagen
„Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat:
Bei der Geschäftsstelle und den Postämtern 0.85 Mk.

Schriftleitung: W. H. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 84/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Fleckamsetz 15 Pf.
Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Arttern.

Nr. 95

Sonnabend, den 27. November 1926.

39. Jahrgang.

Die ewige Hauszinssteuer.

Von sachkundiger Seite wird festgestellt:
Im Wohnungswesen des Preussischen Landtages hat es wieder einmal eine große Debatte gegeben, deren Ergebnisse der Staatsrat mitteilen und seinen Entschlüssen nur mit sehr geringem Gehör beizutreten wird. Die Bemerkung des preussischen Wohnungswirtschafters Hünig gegen die bisherige Höhe der Hauszinssteuer hat er fortgesetzt; jetzt verlangt der Minister zum mindesten eine weitere Erhöhung dieser Steuer um 10 % ab 1. April 1927, verhält aber auch auf seiner Forderung, daß sie dann baldmöglichst um weitere 20 % erhöht werden soll. Es folgt nämlich im nächsten Jahre 200 000 Wohnungen gebaut werden; es ist notwendig, daß diese Wohnungen allein eine Milliarde zweifelhafte Hypotheken. Also: Anleihe!

Der preussische Finanzminister Dr. Höpfer hat sich für die sofortige Erhöhung der Hauszinssteuer ausgesprochen. Er ist der Ansicht, daß die Hauszinssteuer für jene Klassen anleihe sehr ungewiss ist. Er schlägt einen anderen Weg vor, nämlich die Erhöhung der Hauszinssteuer und kommunalen Hauszinssteuerhöhen — bisher ein Betrag von zusammen rund einer Milliarde an die Hypothekenbanken, um auf diese Weise eine Obligationenleihe von rund 600 Millionen zu erhalten, die für die Finanzierung der Baukosten im Jahre 1927 dienen sollen. Dann muß aber für genügende Verzinsung und Tilgung jener Obligationenleihe Sorge getroffen werden und das könne natürlich nur geschehen durch Erhöhung der Hauszinssteuer. Der Finanzminister erklärte das ganz offen. „Für die Hauszinssteuer, die jetzt auch für den allgemeinen Finanzbedarf verwendet werden können, werden der Staat noch die Gemeindefinanzen vermissen.“ Der Staatsrat hat sich dem Finanzminister angeschlossen und erklärt eine Erhöhung der Hauszinssteuer um mindestens 150 Millionen für unbedingt notwendig, herbeizuführen durch die Erhöhung, und zwar besonders bei den alten Wohnungen.

Die neuen Wohnungen können sich nämlich nur schwer verdienen, weil sie anfangs anfanglich Wert haben, da der Berliner Kurführer den Wert der Wohnungen von zwei, drei, vier Zimmern. Wo soll die Wohnung pro Zimmer 600 Mark. Und einen in die Tausende gehenden Wertesatzung! Rechnen man auch nur 10, daß man wie in der Früherzeit ein Drittel des Einkommens für die Miete aufwenden könnte — dahingehende Vorschläge werden gemacht, versehen aber ganz und gar, daß allein schon die Steuern einen viel größeren Teil des Einkommens wegnehmen als früher — so würde das bei einer derartigen Zweizimmerwohnung ein Einkommen von etwa 6000 Mark voraussetzen. Das ist beinahe das Gehalt eines — Regierungsrates, der sich in Wirklichkeit keine Zweizimmerwohnung nehmen könnte. Minister Hünig hat sich so die Sache sehr leicht gemacht; er erklärt einfach: Wollen die Mieten heraufgesetzt werden, dann haben die Miete und die Miete dieser Erhöhung zu folgen! Sehr leicht gesagt; aber ein solcher sollte man denn doch auch auf die wirtschaftlichen Grenzen derartiger Experimente Rücksicht nehmen!

Der Staat war in demselben Augenblick verfahren, als Staat und Kommunen zur Deckung ihres allgemeinen Finanzbedarfs auf einen Teil der Hauszinssteuer Verzicht leisten. Statt erst einmal diesen Grundbesitz zu belegen, würtelt man jetzt immer in diesem Fehltreis fort. Will nicht bloß die Steuer verringern — sie ist eine der besten, die es überhaupt gibt, wird vielmehr nur noch durch die tragfähige Steuererhöhung übertrieben —, sondern die Art ihrer Verwendung, also nur teilweise zur Förderung des Wohnungswesens.

Das sind wirklich sehr erfreuliche Ansichten! Und dabei stehen wir schon bis zum Hals in einer völlig unmöglichen Situation, die sich höchstens auf dem Papier sehr ruhig und optimistisch darstellen, in Wirklichkeit aber ganz, ganz anders ausbleibt.

Umgestaltung der Wirtschaftsvertretung.

Nur 125 Abgeordnete im Reichswirtschaftsrat.
Der vorläufige Reichswirtschaftsrat, der seit Befehlen der Weimarer Verfassung als eine Art Sachverständigenparlament der Reichsregierung bei Vorbereitung wirtschaftlicher Gesetzentwürfe zur Seite stand, soll nun durch einen endgültigen Reichswirtschaftsrat ersetzt werden. Der Entwurf eines entsprechenden Gesetzes ist fertig.
Der vorliegende Entwurf sieht nun eine gesetzliche Basis zu schaffen, indem er die bisherige Praxis mit einigen Änderungen in Einzelbestimmungen festlegt. Daraus ist hervorgegangen, daß die Mitgliederzahl auf 123 herabgesetzt wird, während der vorläufige Reichswirtschaftsrat aus 326 Mitgliedern bestand. Außerdem können in Zukunft für einzelne Sitzungen oder Verhandlungsgegenstände nichtständige Mitglieder der Reichsregierung nicht verpflichtet, Vorlegungen des Reichs an den Reichstag weiterzugeben. Nach dem vorliegenden Ent-

wurf hat sie eine Vorlage des Reichs auch dann beim Reichstag einzubringen, wenn sie ihr selbst nicht zustimmt. Die grundsätzliche Tätigkeit des Rates wird in Zukunft auch auf die Initiativeentwürfe des Reichstages ausgedehnt. Ferner müssen auf Verlangen die Vollversammlung oder die Ausschüsse des Rates Sachverständigen dem Reichstag, dem Reichsrat oder ihren Ausschüssen durch Beauftragte mündlich erläutern lassen. Andererseits kann der Rat seine eigene Vorlage durch den Reichstag vertreten lassen.

Der Entwurf des Ausführungsgesetzes regelt die Einberufung und Zusammenkunft des Rates. Die ständigen Mitglieder werden für sechs Jahre einberufen, alle drei Jahre scheidet die Hälfte aus. Besondere Bedeutung hat die Regelung des Ermittlungsausschusses (Enquete-Kommission), die durch den Vorstand des Rates auf Verlangen oder mit Zustimmung der Reichsregierung erfolgt. Die Zahl der Mitglieder setzt die Reichsregierung fest.

In der Begründung wird ausgeführt, daß im allgemeinen das Verhältnis der einzelnen Berufsgruppenvertretungen dem bisherigen Zustand entspricht. Für einige Gruppen hat sich aus den bisherigen Erfahrungen die Notwendigkeit einer zureichenden Vertiefung ergeben. Im Vergleich mit dem vor einem halben Jahre vorgelegten Referentenentwurf sind die Grundzüge derselben geblieben. Der neue Entwurf läßt sich allerdings klar von dem Bestreben leiten, die Selbstverwaltung und die Unabhängigkeit des Reichswirtschaftsrates sicherzustellen.

Zum Tode Kraffins.

Die Nachricht von dem Tode Kraffins kam für London unerwartet. Obwohl bekannt war, daß Kraffins seit längerer Zeit krank war, glaubte man nicht, daß sein Zustand so frühen Beförderungen auslöse. Man führte vielmehr die im Umlauf befindlichen Gerüchte über seine schlechte Gesundheit wenigstens zum Teil auf politische Manöver zurück. Erst der Tatsache, daß Kraffins der Familie einer Regierung war, der England bisher die politische Anerkennung verweigert hat, hat sein Tod sowohl in politischen als auch in wirtschaftlichen Kreisen lebhaftes Bedauern ausgelöst. Kraffins war ein Mann, der sich auch dem englischen Standpunkt nicht ganz verhielt. Die letzten Chamberlain einer ihrer letzten Reden: „Ich hoffe, daß man mir gestatte, mein Bedauern über den Tod Kraffins auszudrücken.“ Kraffins hinterläßt eine Witwe und drei Kinder, von denen eine in Oxford studiert. Die Witwe Kraffins ist Jüdin englischer Nationalität.
Wie Meiner erzählt, wird die Witwe Kraffins einträgliche und die Kinder in der Zukunft wohlhabend. Der Tod ist in der Volkstümlichkeit, wo die Mitglieder der Volkspartei die Ehrenworte hatten.

Einnahmerückgang bei der Reichsbahn.

Aufträge für 40 000 Menschen.
Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft hielt seine letzte laufende Sitzung in diesem Jahre ab. Der zu erwartende Jahresabschluss und die Aussichten für das nächste Jahr fanden im Vordergrund der Erörterung. Das zu Ende des Jahres wies in seiner ersten Hälfte infolge des spärlichen Güter- und Personenverkehrs einen starken Rückgang der Einnahmen auf, während im zweiten Halbjahr der englische Kohlenarbeiterstreik eine erhebliche Güterverkehrssteigerung brachte. Inzwischen werden die Einnahmen des laufenden Jahres im Güterverkehr und noch mehr im Personenverkehr hinter denen des Jahres 1925 zurückbleiben.
Der Verwaltungsrat nahm davon Kenntnis, daß der Wettbewerb des Kraftwagens zurecht jährlich bis zu 100 Millionen Mark an Güterfrachten der Reichsbahn entzieht. Einer weiteren Abminderung soll durch immer bessere Ausrüstung, schnellere Beförderung und in geeigneten Fällen durch Tarifermäßigungen entgegenzuwirken werden. Die mit Hilfe des von der Reichsregierung zur Verfügung gestellten Sonderbudgets herangezogenen Aufträge geben zurecht schätzungsweise 40 000 Menschen Arbeit. Zur Festigung des Berufsbeamtenstandes bei der Reichsbahn wurde beschlossen, die Frist bis zur dauernden Anstellung der Weibchen von 20 auf 10 Jahre herabzusetzen.

Der Zusammenbruch in der Marine.
Vizeadmiral von Trotha vor dem Untersuchungsausschuss.
In den Sitzungen des Untersuchungsausschusses über den deutschen Zusammenbruch 1918 vom 23. und 24. November trat der Sachverständige Vizeadmiral von Trotha seine Ansichten über die Ursachen des Zusammenbruchs in der Marine vor. Zusammenfassend war sein Vortrag durch das Gutachten des Sachverständigen Abbeit veranlaßt, in dem eine Reihe marinenfachlicher Fragen angesprochen sind, über die der Ausschuss die Ansicht eines weiteren Sachverständigen zu hören wünschte. Von Trotha behauptet grundsätzlich, daß die Schuld an den Meutereien und dem schließlichen Zusammenbruch der Marine beim Seemannsstand zu suchen sei. Unbeschadet einzelner Mängel habe ein vertrauensvolles Verhältnis zwischen Offizieren und Mannschaften, das sich auch im Herbst 1918 in dem herbor-

ragenden Funktionären der Flotte und tadellosen Zusammenhalten ihrer Teile gelegentlich eines Vorstoßes bedürfte. Gelitten habe der Geist der Flotte hauptsächlich unter den Offizieren, die die Flotte ihr anvertraut. Weimann-Göhring wollte die Flotte bis zum Friedensschluß erhalten und führte, durch eine Seeschlacht die Friedensvermittlung durch England zu vertieren. Später kamen die

Veränderungen in der Anwendung der U-Boot-Waffe, durch deren rücksichtslosen Gebrauch im Jahre 1916 der Krieg zu Deutschlands Gunsten hätte werden können. Bezüglich des letzten durch die Revolution veränderten Flottenvorstoßes bleibt von Trotha bei seiner Meinung, daß die Ausschüsse für einen deutschen Seefriede nie so günstig lagen wie damals und daß die Seefriede die Freiheit hätte, den Entschluß zum Vorstoß aus eigener Verantwortung zu fassen.
Im Hinblick auf die Auslieferung von Trotha beauftragte der Sachverständige Abbeit Matrosen, die nach seiner Ansicht das Gutachten Abbeit die Seelenheiligung der Marineoffiziere zurechtfinden sollte. Dann nahm der Sachverständige Abbeit zu einer Reihe von Behauptungen von Trotha abfällige Stellung. Es folgte eine zum Teil

erregte Ausprache über die Flottenfrage.
Der Ausschuss will über die Marinefragen nun seine weiteren Überlegungen zu Sachverständigen mehr entgegennehmen. Es bleibt die Ansicht, in den nächsten Sitzungen die Ergebnisse des bisher vorliegenden Materials zusammenzufassen und dann über die abschließende Behandlung der Marinefragen zu einer Entscheidung zu kommen.

Für den Hopfenbau.

150 000 Mark beantragt.

Am Reichstag haben die Abg. Fehr, Wachmeier und Genossen einen Antrag eingebracht, der die Reichsregierung ersucht, bei Aufstellung des Haushalts 1927 in Rücksicht auf die Tatsache, daß in allen Gebieten des deutschen Hopfenbaues seit einigen Jahren eine Krankheit der Hopfenpflanzen auftritt, die den gesamten Hopfenbau zu vernichten droht, Mittel im Ausmaß von mindestens 150 000 Mark bereitzustellen und diese über die Landesregierungen für die Bekämpfung der Krankheit zu verwenden.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich

Hindenburg und Claß.
Der Staatssekretär beim Reichspräsidenten, Dr. Meiner, hat an den Vorsitzenden des Reichsausschusses des Preussischen Landtages ein Schreiben gerichtet, in dem er gegen die Mitteilung Stellung nimmt, wonach feinerzeit Justizrat Claß verhaftet habe, den Reichspräsidenten von Hindenburg in seine Disziplin hineinzuweisen und zu diesem Zweck an dem Sohn des Reichspräsidenten, Major v. Hindenburg, einen Brief gerichtet habe. Dr. Meiner erklärt, daß Justizrat Claß einen solchen Brief nie geschrieben habe. Anlag zu den Nachrichten habe vielmehr die Tatsache gegeben, daß bei den Hausdurchsuchungen bei Claß der Durchschlag eines Briefes gefunden wurde, den ein General der alten Armee an den Major v. Hindenburg geschrieben habe. Dieses Schreiben sei übrigens vom Sohn des Reichspräsidenten nicht beantwortet worden.

Rabbinatberatung über das neue Arbeitsmitgelt.
Das Reichsrabbinat beschäftigte sich mit dem Entwurf der neuen Arbeitsmitgelt, die in der Reihe der Arbeitsmitgelt und Beibehaltung wurde per Gesetz festgesetzt. Der Termin des Rabbinatens ist, auf der Projektierung mit den Fragen haben den Beratung.
gewählten Sachverständigen, Abg. Schwarz, zum des alten Landes gegen 44, die Lieberach ent wurde Abg. Dr. men, die wieder

Abbaustrafen.
Die der Ansicht, wie in der Gemeinde (Holl Bannier) (Holl Bannier) sei, in je 10-jährige gegen Sitten, davon eines in Partei Dittler, Partei Deutschlands“. Die neue Parteigründung stellt die Berliner Opposition der Nationalsozialistischen Partei dar. Der für und die ehemalige nationalsozialistische Ortsgruppe von Halle (Saale) und Zeile der Leipziger und anderer Orts-